

Warum sind Populisten weiter auf dem Vormarsch, Herr Weik und Herr Friedrich?

Der Brexit und die Wahl Donald Trumps: Für die Finanzökonominnen Matthias Weik und Marc Friedrich kam beides nicht überraschend. Sie sehen Wohlstand und Demokratie gefährdet und fordern ein Umdenken – von jenen, die in die eigene Tasche scheffeln. Ein Gastbeitrag.

VON M. WEIK UND M. FRIEDRICH

Großbritannien und die USA haben gewählt – die einen die EU ab, die anderen Donald Trump ins Präsidentenamt. Wie konnte es so weit kommen?

Spätestens seit der Finanzkrise 2008 mit ihren zahlreichen Bankenrettungen auf Kosten der Steuerzahler ist es offensichtlich, dass global eine gigantische Umverteilung von unten nach ganz oben stattfindet. Während zahlreiche kleine Unternehmen im Zuge der Krise bankrottgegangen sind, wurden „systemrelevante“ Banken gerettet. Wichtig zu wissen ist: Banken sind niemals systemrelevant – sie sind das System und sonst gar nichts. Sollten einmal unsere Ärzte, die Damen und Herren von der Polizei, Feuerwehr und Müllabfuhr eine Woche lang nicht zur Arbeit erscheinen, dann wird auch den Politikern in Berlin und Brüssel dämmern, wer oder was tatsächlich systemrelevant ist.

Trotz Exportweltmeistertitel und Rekordsteuereinnahmen besteht unserer Ansicht nach kein besonderer Grund für Jubelarien. Während einerseits die sozialversicherungspflichtigen Jobs in Vollzeit in Deutschland seit 1992 um 18 Prozent gefallen sind, sind die Teilzeitjobs um 139 Prozent gestiegen. Andererseits sind die realen Nettolöhne seit 1992 nur um 0,4 Prozent gestiegen, während die Unternehmenseinkommen und die Einkommen der Supereichen um 70 Prozent gestiegen sind. In Deutschland arbeiten bereits über 8 Millionen Menschen, in Voll- und Teilzeit, im Niedriglohnsektor. Sie können von ihrer Hände Arbeit nicht leben geschweige denn etwas für das Alter ansparen. Folglich ist eine gewaltige Altersarmutswelle vorprogrammiert.

„Die EZB hat 1,15 Billionen Euro in die Märkte gepumpt und unser Finanzsystem ad absurdum geführt.“

Dabei nicht zu verkennen ist, dass jene, die in Vollzeit arbeiten, unser Sozial- und Rentensystem am Leben erhalten. Wenn dann auch noch vollkommen realitätsferne Politiker heute über das Jobwunder jubeln und uns erzählen, wir alle profitieren vom Euro, dann sorgt dies gelinde gesagt mindestens für Kopfschütteln in der Bevölkerung – und für eine weitere „Überraschung“ bei den nächsten Wahlen.

Das Epizentrum des Kapitalismus ist in seiner Verzweiflung und mangels Lösungen zur Planwirtschaft übergegangen. Mittlerweile hat die Europäische Zentralbank (EZB) unvorstellbare 1,15 Billionen Euro mit ihrem fragwürdigen Aufkaufprogramm in die Märkte gepumpt und unser Finanzsystem ad absurdum geführt. Niemand hat den EZB-Chef und ehemaligen Goldman Sachs Banker Mario Draghi gewählt. Er wurde eingesetzt. Dessen Politik ist ganz klar gegen die Kleinen und für die Großen. Heute wird der belohnt, der Schulden macht, und der bestraft, der gesund wirtschaftet. Die Bundesrepublik Deutschland, aber auch einige Konzerne wie beispielsweise Henkel und Sanofi, verdienen Geld mit Schulden machen. Das ist weder sinnvoll noch nachhaltig.

Mit ihrer wahnwitzigen Notenbankpolitik enteignet die EZB die Sparer, sorgt für immer höhere Bankgebühren, beraubt junge Menschen der Altersvorsorge, zerstört solide wirtschaftende Banken (Volksbanken, Spar- und Bausparkassen), zerstört Pensions- und Krankenkassen. Und zusätzlich sorgt sie für eine gigantische Blase nach der anderen an den Aktien- und Immobilienmärkten. Der Wohnraum wird dadurch für immer mehr Menschen in vielen Regionen unerschwinglich gemacht, da die



Ein Mann schaukelt in Frankfurt vor dem Hochhaus, das die EZB beherbergt.

BILDER: DPA/CHRISTIAN STEHLE, ASPERG

Löhne keinesfalls mit den kontinuierlichen Preissteigerungen am Immobilienmarkt mitziehen.

Zukünftig wird die EZB Negativzinsen einführen. Diese Politik wird zu massiven Bargeldabhebungsbeschränkungen führen, ein komplettes Verbot ist im Extremfall nicht ausgeschlossen. Dies wird uns verträglich häppchenweise präsentiert. Lassen Sie sich nicht blenden! Sollte schlussendlich die von der EZB herbeigesehnte Inflation in ihrer vollen Härte kommen, dann werden wir uns alle warm anziehen müssen.

Nach wie vor werden wir Bürger von der Politik offensichtlich für unterbelichtet gehalten. Griechenland ist pleite! Es wird von höchster Ebene seit Jahren nichts weiter als Insolvenzverschleppung betrieben. Wir werden das Steuergeld für die „Griechenlandrettungspakete“ nie wie-

der sehen, das sollte uns allen klar sein. Abgesehen davon ist 92 Prozent des Rettungsgeldes nicht in Griechenland, sondern bei ausländischen Banken gelandet. Diese waren so gierig und dämlich, einem vollkommen bankrotten Land Geld gegen hohe Zinsen zu leihen. In den letzten Jahren wurden dann diese dämlichen Banken von weitaus dämlicheren gerettet – uns Steuerzahlern.

„Die Griechenlandrettung ist nichts anderes als eine versteckte Bankenrettung.“

Bei der letzten Tranche für Griechenland, Ende Oktober 2016, in Höhe von 2,8 Milliarden Euro war es

eigentlich Bedingung, dass der IWF sich an dieser ebenfalls beteiligt. Der IWF hatte sich jedoch mit der Begründung verwehrt, dass Griechenland niemals in der Lage sein wird, seine Schulden zurückzuführen. Die Griechenlandrettung ist nichts anderes, als eine versteckte Bankenrettung. Das Geld ist nicht weg. Es ist aber größtenteils wo anders, allerdings nicht in Griechenland, sondern bei den Banken und Versicherungen, die den Griechen Geld geliehen haben, gelandet. Darben müssen die Menschen in Griechenland und bezahlen müssen wir Steuerzahler.

Voller Inbrunst jubelt Herr Schäuble über eine schwarze Null, was nichts weiter bedeutet, als dass er genauso viel ausgibt wie er einnimmt. Kein Politiker konnte uns bisher erklären, wie das bankrotte

MATTHIAS WEIK UND MARC FRIEDRICH

Marc Friedrich und Matthias Weik (von links) sind Ökonomen, Redner und Berater aus Baden-Württemberg.

Sie haben mehrere Wirtschaftsbücher veröffentlicht, darunter den Bestseller „Kapitalfehler – Wie unser Wohlstand vernichtet wird und warum wir ein neues Wirtschaftsdenken brauchen“. *b/e*



Griechenland das Geld jemals zurückbezahlen kann, wenn nicht einmal Deutschland – als Exportweltmeister mit Rekordsteuereinnahmen im Zuge einer Niedrigzinsphase – es schafft, seine Schulden zu bezahlen. Es ist an der Zeit, aufzuhören gutes Geld schlechtem hinterher zu werfen. Der Schuldenerlass für Griechenland wird spätestens nach der Bundestagswahl kommen. Staaten bezahlen niemals ihre Schulden.

„Jetzt retten wir den Euro. Was erfunden wurde, um Europa zu einen, zerstört jetzt Europa.“

Aus diesem Grunde ist von Investments in Staatsanleihen wie beispielsweise Lebensversicherungen, Riester, Rürup grundlegend abzurufen und Investments in Sachwerte sind in der heutigen Zeit essentiell gegen diesen Wahnsinn als Absicherung für das Ersparnis. Würde man das Verschwenden von Steuergeldern ebenso drakonisch bestrafen wie dessen Hinterziehung würde manchem Irrsinn Einhalt geboten. Nicht nur der ein oder andere Verantwortliche der sinnfreien Rettungspakete, des Berliner Flughafens BER, der Elbphilharmonie würde sich heute hinter schwedischen Gardinen wiederfinden. Da dies nicht der Fall ist, wird der ein oder andere Wähler – bezüglich dieses schweren Missverhältnisses – sein Unwollen mit seinem Wahlzettel zum Ausdruck bringen und für „Überraschungen“ sorgen.

Spätestens seit der Flüchtlingskrise ist es für jedermann endgültig offensichtlich, dass innerhalb der EU mehr gegeneinander anstatt miteinander gearbeitet wird. Während sich die deutsche Wirtschaft nach der Finanzkrise erholt hat und die Industrieproduktion stetig steigt, ist der Sachverhalt in Frankreich, Spanien, Italien, Portugal und Griechenland ein anderer. Die Südschiene Europas liegt wirtschaftlich am Boden, die Industrieproduktion bewegt sich auf dem Niveau der 1980er beziehungsweise 1990er Jahre, die Arbeitslosigkeit ist hoch und die Jugendarbeitslosigkeit extrem hoch. Hunderttausende Jugendliche unter 25 Jahren mussten und müssen noch immer auf Grund mangelnder Perspektive ihr Land verlassen. Allein knapp 800 000 Spanier, 140 000 Portugiesen, über 120 000 Italiener und 100 000 Griechen haben bisher ihrer Heimat den Rücken gekehrt.

Wenn die jungen Fleißigen und Gebildeten ihr Land verlassen, dann hat ein Land keine Zukunft. Obendrein sind die Länder – auch dank der Rettung ihrer Banken – bis zur Halskrause verschuldet. Kurzum: Den Ländern geht es heute mit dem Euro wesentlich schlechter als unter ihren eigenen Währungen.

Niemals werden diese Länder innerhalb der Eurozone wirtschaftlich auf einen grünen Zweig kommen. Trotzdem können sich diese Länder so günstig wie nie zuvor verschulden. Dies bedeutet, dass die Länder praktisch mit billigem Geld dafür belohnt werden, dass es ihnen wirtschaftlich gesehen immerschlechter geht. Das ist volkswirtschaftlicher Wahnsinn und alles andere als nachhaltig.

Der Euro sollte Europa retten – jetzt retten wir den Euro. Was ist das für ein Geld, das man retten muss? Wir wollten Europa und die Menschen retten, wir haben aber die internationalen Finanzkonzerne gerettet. Was erfunden wurde, um Europa zu einen, zerstört jetzt Europa. Fakt ist: der Euro ist zu schwach für Deutschland und zu stark für die Südschiene Europas. Folglich sollten wir uns nicht wundern, wenn populistische Kräfte in vielen Ländern weiter auf dem Vormarsch sind und aus der EU und der Eurozone austreten werden. Ein ganz heißer Favorit von uns diesbezüglich ist Italien.

Während der Bürger Europas seit vielen Jahren unter einer immensen Steuer- und Abgabenlast leidet, parken Konzerne und Superreiche nach wie vor ihr Geld rund um den Globus in Steueroasen. Ein gewisser Herr Juncker hat seine Heimat, als damaliger Finanzminister und Premierminister, zu einer der größten Steueroasen der Welt für Großkonzerne wie Ikea, Fiat oder Apple gemacht. Die in Luxemburg ansässige Firma Inter IKEA Holding hat beispielsweise im Jahre 2010 auf einen Gewinn von 2,5 Milliarden Euro knapp 48 000 Euro Steuern bezahlt. Dies entspricht einem Steuersatz von 0,002 Prozent!

„Die Bürger werden mit einer urdemokratischen Waffe gnadenlos zurückschlagen – mit ihrem Wahlzettel.“

Die Personen, welche den Steuer-skandal im Jahr 2014 an das Licht der Öffentlichkeit gebracht haben, wurden keinesfalls für ihren Dienst am Gemeinwohl ausgezeichnet. Nein, Sie wurden rechtskräftig zu einer Haft- und Geldstrafe verurteilt. Trotz dieses Skandals wurde eben dieser Mann zum EU-Kommissionspräsidenten gemacht. Wenn Herr Juncker heute behauptet, dass er sich für Steuergerechtigkeit einsetzt, dann darf man nicht über Verdrossenheit seitens der EU irritiert sein.

All die oben genannten Punkte zeigen eindeutig auf, warum es eine Elitenverdrossenheit und keine Politikverdrossenheit gibt. Die Leute haben die Doppelmoral, die Arroganz, die Bevormundung und versuchte Beeinflussung und Steuerung der Eliten satt. Sie lassen sich nicht mehr für dumm verkaufen. Sollten die Eliten nicht ganz schnell anfangen umzudenken, werden die Bürger mit einer urdemokratischen Waffe gnadenlos zurückschlagen – mit ihrem Wahlzettel. Dann werden in Zukunft noch ganz andere Personen als Donald Trump das Zepter der Macht ergattern.

IHRE MEINUNG ZÄHLT!

Schreiben Sie uns!

Liebe Leserinnen und Leser dieser Zeitung, was halten Sie von diesem Beitrag? Schreiben Sie uns Ihre Meinung!

„Mannheimer Morgen“, Debatte, Postfach 102164, 68021 Mannheim

E-Mail: leserbriefe@mamo.de